



## ANDREA SUNTHEIM-PICHLER

Oberbürgermeister-Kandidatin der BfM

### KONTAKT

TELEFON:  
0176 / 11965222

WEBSITE:  
[www.marburg2021.de](http://www.marburg2021.de)

E-MAIL:  
[asp@marburg2021.de](mailto:asp@marburg2021.de)

## NABU

### 1. Welches Konzept haben Sie zur Verbesserung des ÖPNV und zur Verkehrsentlastung der Innenstadt?

Ohne eine Tunnelverbindung zwischen Wehrda und der Marbach sehe ich keine wirkliche Entlastung der Marburger Innenstadt. Diese Maßnahme allein wird aber nicht ausreichen, um eine Verkehrswende, die auch klimatische positive Effekte haben muss, zu realisieren. Für mich gehören dazu der qualitative Ausbau des ÖPNVs, der Bau von weiteren Fahrradwegen und die digitale Vernetzung aller öffentlichen Verkehrssysteme, wie im Green City Plan beschlossen.

Noch ein Wort zu dem Behringtunnel: Hierfür muss kein Wald abgeholzt werden und der Erdaushub kann für Renaturierungsmaßnahmen verwendet werden. Beispielsweise um Baggersee, die nicht genutzt werden, zu verfüllen, um dort nachhaltig wieder Natur anzusiedeln.

### 2. Welches Konzept haben Sie, um dem fortschreitenden Insektensterben und dem Artenschwund (Flora und Fauna) entgegenzuwirken?

Aus meiner Sicht sind für das Artensterben in Deutschland und in der ganzen EU viele landwirtschaftliche Vorgaben verantwortlich, die die EU erlassen hat. Diesem muss unbedingt entgegengewirkt werden – auf EU-Ebene und in jeder Kommune.

Fassaden- und Dächerbegrünung, Insekten- und insbesondere Bienenweiden, langweiliges Stadtgrün mit nachhaltigen Bäumen und langjährigen Stauden bepflanzen und eine ideologiefreie Bildungspolitik für mehr Aufklärung und Informationen sind meine Punkte.

### 3. Welches Konzept haben Sie, um Biotopie wie Wegränder, Hecken und Gewässerbesser zu schützen? Sind Ihnen die bestehenden Probleme bekannt?

Selbstverständlich sind mir diese Probleme bekannt. Wenn man sich nur die traurigen Bestände der Feldlerche anschaut. Um die Biotopie der Stadt Marburg zu schützen, sind wir auf die Mitarbeit aller angewiesen. Natur geht uns alle an. Vereine, Landwirte, Bürgerinitiativen, Schulen und Firmen würden sich gerne mehr einbringen, um Biotopie zu schützen und zu pflegen. Mein Vorstoß zu diesem Thema wurde von dem damaligen grünen Bürgermeister abgelehnt.

4. Wie stehen Sie zur Einrichtung eines „**Runden Tisches**“, an dem Kommunalpolitiker, Vertreter aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutzverbänden und Behörden ein- bis zweimal jährlich die Entwicklung der Region besprechen und die bestehenden Konflikte austragen? Ein entsprechendes Modell existiert im Nachbarkreis Gießen. (AK Lebensraum Feldwege)

Einen Runden Tisch halte ich für richtig. Vorausgesetzt, dass sich dort Handlungsstränge ergeben, die auch umsetzbar sind und nicht im Konflikt mit EU-Richtlinien und der Kommune stehen.

5. Was gedenken Sie gegen zu starke Lichtemissionen („**Lichtverschmutzung**“) zu unternehmen? Wie stehen Sie zu dem, was diesbezüglich z. B. in der „Sternenstadt Fulda“ praktiziert wird?

Aus Marburg eine Dark Sky Community zu machen, ist eine kluge Idee. Es gab schon viele Anträge zu diesem Thema im Marburger Stadtparlament. Einer wurde bereits in 2012 von der BfM gestellt. Von der Stadtverwaltung wird das Thema nicht ernst genommen. Besonders die großen Lichtverschmutzer müssen in einem Dialog mitgenommen werden. Ich nehme Arten- und Klimaschutz ernst. Ohne eine hauptverantwortliche Person, die den Schutz der Nacht umsetzt, wird es in Marburg nicht gelingen.

6. Was kann die Kommunalpolitik tun, um in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen/Kitas, und auf **öffentlichen Grünflächen, mehr Naturerfahrung** herzustellen? (Stichwort „Essbare Stadt“).

Mit dem Stichwort ‚essbare Stadt‘ alleine kommen wir nicht weiter. Das Thema muss von der Basis aus angepackt werden. Kinder dürfen nicht in dem Glauben groß werden, dass Kühe lila sind und das Ketchup in Flaschen geerntet wird. Naturerfahrung geht nur, wenn man den Kindern auch die Gelegenheit gibt, die Natur zu erfahren. Mit ein paar Blumentöpfen, in denen Erdbeeren und Petersilie wächst, wird dies nicht gelingen.

Leider können Kommunalpolitiker nicht in die Lehrpläne des HKM eingreifen. Es hilft auch nichts, wenn einmal in der Grundschulzeit mit dem Förster der Wald besucht wird oder ein Ausflug zu einem Imker unternommen wird. Ich sehe in der Kommunalpolitik wenig Handlungsspielraum, wenn man dieses Thema ernsthaft angehen will,

7. Welches ist Ihr Konzept zur **Reduzierung der Müllmenge**, insbesondere der Verminderung von Plastikmüll?

Auch hier haben wir auf kommunaler Ebene wenig Möglichkeiten. Was getan werden konnte, ist unternommen worden. Z.B., dass bei Stadtfesten keine Einweg-Geschirr mehr verwendet werden darf. Auch über die Markt-Ordnung wurde hier einiges geregelt.

Als Gründungsmitglied der Ernährungsrates Marburg und Umgebung leite ich den Arbeitskreis Lebensmittelverwendung und Müllvermeidung. Es geht zu weit, dass hier im Einzelnen auszuführen. Aber mit einer guten Vernetzung von Gastronomen und Supermärkten kann besonders im

Lebensmittelkreislauf in Bezug auf die Vermeidung von Plastikmüll getan werden.

8. Wie werden Durchführung und Wirksamkeit von **Ausgleichsmaßnahmen** kontrolliert, die beim Straßenbau oder bei größeren, mit Bodenversiegelung einhergehenden Bauprojekten vorgeschrieben sind?

Ich nehme an, Sie meinen so genannte "CEF-Maßnahmen"? Als CEF-Maßnahme (continuous ecological functionality-measures = Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion) werden im Bereich der Eingriffsregelung Maßnahmen des Artenschutzes verstanden.

Die gesetzliche Grundlage in Deutschland ergibt sich aus § 44 Abs. 5 i. V. m. § 15 Bundesnaturschutzgesetz. Entscheidendes Kriterium ist, dass sie vor einem Eingriff in direkter funktionaler Beziehung durchgeführt wird. Eine ökologisch-funktionale Kontinuität soll ohne zeitliche Lücke gewährleistet werden. Die Maßnahme soll dabei einen unmittelbaren räumlichen Bezug zum betroffenen Habitat haben und angrenzend neue Lebensräume schaffen, die in direkter funktionaler Beziehung mit dem Ursprungshabitat stehen.

Wenn ich nicht irre, begleitet die Untere Naturschutzbehörde die Maßnahmen.

9. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den **Anteil nicht fossiler Energieerzeugung erhöhen**?

In erster Linie mit grünem Wasserstoff.

10. Haben Sie ein Konzept zur energetischen Nutzung der Wasserstofftechnologie?

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist Wasserstoff-Region und hat dies bis jetzt leider noch nicht unter Beweis gestellt. Als Aufsichtsratsmitglied der Marburger Stadtwerke setze ich mich dafür ein, dass Wasserstoff auf der Prioritätenliste der Stadtwerke nach oben rutscht.

11. Welche **Waldgebiete** in der Stadt wollen Sie ganz **aus der wirtschaftlichen Nutzung** herausnehmen?

Die CDU, SPD und BfM haben bereits im letzten Jahr einen Antrag für die Ausweisung einer Naturwaldzelle gestellt. Dieser Antrag wird gerade vom Magistrat umgesetzt, indem das Waldgebiet an der Kirchspitze dafür ausgewiesen

12. In den letzten Jahren sind immer mehr **Schottergärten** entstanden. Welches Konzept haben Sie, diese zu untersagen? Das betrifft auch den Görzhäuser Hof II.

Dank der Anträge von den Grünen und der Marburger Linken ist dieses Thema bereits im letzten Jahr in den Focus gerückt. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich dafür ausgesprochen, die ‚Gärten des Grauens‘ kein Beitrag zur Biodiversität sind. Hier kann man nur auf Aufklärung setzen, welches Biopotential beim Anlegen eines Schottergarten verloren geht.

13. Was halten Sie von dem Vorschlag des Magistrats künftige **Gewerbeflächen** im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet der Lahn (Marburg Süd) auszuweisen?

Das Gebiet zwischen Krähenweg und B3a ist kein Überschwemmungsgebiet. Das Ganze (anscheinend auch "Im Rudert") wurde auf einem Damm gebaut. Falls hier Gisselberg gemeint ist, ist das Ganze noch nicht vom Tisch.

Grundsätzlich ist das Bauen im Überschwemmungsgebiet nicht sinnvoll und auch nicht erlaubt.

Es gibt aber Ausnahmen (s. Steinmühle) bei Erweiterungen oder wenn nirgends kein Platz mehr ist. Was in Marburg bekanntlich der Fall ist. Man könnte also evtl. im Überschwemmungsgebiet bauen.

14. Sehen Sie die Möglichkeit weitere **Bodenversiegelung** in Gewerbegebieten zu reduzieren, indem zukünftig nur noch mehrgeschossige Gebäude genehmigt werden?

Diese Idee kann sinnvoll sein bei Gewerbe- oder Industriebetrieben, die ihre Büroräume in ein erstes oder weitere Obergeschosse verlagern können. Lagerhallen und große Produktionsstätten müssen ebenerdig von ihren Zulieferfirmen angefahren werden können. Hier sehe ich keine Möglichkeit eines mehrgeschossigen Gebäudes.